

Bern, 27. November 2019



UNTERLAGEN ZUM PARTEITAG

Datum, Zeit **Mittwoch, 4. Dezember, 19.15 Uhr bis 21.45Uhr**

Ort, Raum **Kongresszentrum Allresto**
Effingerstrasse 20
3008 Bern

**Sozialdemokratische Partei
des Kantons Bern**

**Parti socialiste
du canton de Berne**

Monbijoustrasse 61
Postfach/c.p. 2947
3001 Bern

T 031 370 07 80
F 031 370 07 81

sekretariat@spbe.ch
www.spbe.ch

Als Beilage senden wir euch/dir folgende Unterlagen zu:

- Traktandenliste
- Geschäftsordnung inkl. Unterlagen zu den Traktanden

Fristen

Frist für Resolutionen **bis 02.12.2019 (12 Uhr) an: sekretariat@spbe.ch**

Liebe Genossinnen und Genossen

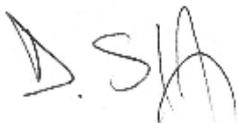
Ganz herzlich lade ich euch zum Parteitag der SP Kanton Bern vom 4. Dezember 2019 in der Stadt Bern ein. Am Parteitag wollen wir auf die National- und Ständeratswahlen 2019 zurückblicken und die Parolen für die Abstimmungen vom 9. Februar 2020 fassen. Der Parteitag wird zudem die Lancierung einer Initiative für eine echte Elternzeit diskutieren.

Unser Ständerat Hans Stöckli wurde im zweiten Wahlgang mit einem Glanzresultat wiedergewählt. Mit 157'750 Stimmen erreichte er wie schon im ersten Wahlgang den ersten Platz. Dies gelang auch dank den vielen SP-Mitgliedern, die im zweiten Wahlgang nochmals für Hans auf die Strasse gingen, Flyer verteilen und Briefe schrieben. Im Gegensatz zu den Ständeratswahlen geben die Nationalratswahlen für die SP Kanton Bern wenig Anlass zur Freude. Das lässt sich angesichts der zwei verlorenen Sitze nicht wegdiskutieren. Dass mit Corrado Pardini und Adrian Wüthrich zwei bisherige Nationalräte abgewählt werden ist traurig und entspricht nicht ihrem Leistungsausweis. Wir danken ihnen für Ihre grosse Arbeit im Dienst der Partei. Gleichzeitig gratulieren wir Tamara Funciello zu ihrer Wahl. Die Parteileitung hat das Ergebnis in den vergangenen Wochen genauer untersucht und wird am Parteitag eine erste Wahlanalyse präsentieren.

Wir wollen zudem eine Initiative für eine Elternzeit im Kanton Bern lancieren. Unter Elternzeit wird eine bezahlte Auszeit vom Erwerbsleben mit Jobgarantie verstanden. So haben Mütter und Väter die Möglichkeit, mehr Zeit mit ihrem Kind zu verbringen und die Betreuungs- und Hausarbeit gleichberechtigt zu teilen. Väter könnten von Anfang an eine aktive Rolle im Leben der Kinder übernehmen, und Mütter können Familie und Beruf besser vereinbaren.

Weiter werden wir die Parolen für die Abstimmungen vom 9. Februar 2020 fassen. Auf kantonaler Ebene geht es um den Standplatz für Fahrende in Wileroltigen und den Kantonswechsel der Gemeinde Clavaleyres. Auf eidgenössischer Ebene stimmen wir über die Wohninitiative und die Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm ab. Für spannende Themen ist also gesorgt. Ich freue mich sehr auf einen interessanten Parteitag und hoffe, dass ich viele von euch im Hotel Allresto in Bern treffen werde.

Solidarische Grüsse



David Stampfli

Geschäftsführender Parteisekretär

Diese Einladung geht an

- Sektionen, Regionalverbände, Sozialdemokratisches Forum der Universität Bern
- Mitglieder der Grossratsfraktion, Mitglieder der Geschäftsleitung (SP Frauen Kanton Bern, JUSO Kanton Bern, SP 60+ Kanton Bern, SP MigrantInnen Kanton Bern), Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission, Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Berner SP-Deputation im eidg. Parlament
- Ehrengäste, SP Schweiz, Gewerkschaftsbund Kanton Bern

TRAKTANDENLISTE

<i>Zeit</i>	<i>Tr.</i>	<i>Traktanden</i>
19.15	1.	Eröffnung und Begrüssung Co-Präsidium
	2.	Wahlen zum Parteitag <ul style="list-style-type: none"> - StimmzählerInnen - Mandatsprüfungskommission - Wahlbüro - Tagesbüro (wird gemäss Statuten eingesetzt)
	3.	Genehmigungen <ul style="list-style-type: none"> - Tagesordnung - Geschäftsordnung - Protokoll des Parteitages vom 25.05.2019 (auf der Website aufgeschaltet)
19.35	4.	National- und Ständeratswahlen 2019 <ul style="list-style-type: none"> - Rückblick - Verabschiedungen
20.45	5.	Initiativprojekt für eine Elternzeit im Kanton Bern
20.55	6.	Parolen für die Abstimmungen vom 09.02.2020 <ul style="list-style-type: none"> - Konkordat: Kantonswechsel der Gemeinde Clavaleyres - Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen - Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» - Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm
21.25	7.	Resolutionen
21.30	8.	Verschiedenes
21.40	9.	Schluss des Parteitages

GESCHÄFTSORDNUNG / RÈGLEMENT

1. Stimmkarten / Cartes de vote

Die Stimmkarten werden am Parteitag bei der Mandatskontrolle persönlich abgegeben. Bei den Abstimmungen werden nur die Stimmkarten gezählt. Verlorene Stimmkarten werden nicht ersetzt.

Les cartes de vote sont remises personnellement lors du contrôle des mandats le jour du congrès. Lors des votations, seules les cartes de vote sont comptées. Les cartes de vote perdues ne sont pas remplacées.

2. Redezeit / Temps de parole

Begründung von Anträgen	5 Minuten
Développement de propositions	5 minutes
Begründung der Haltung der Geschäftsleitung	5 Minuten
Développement de la position du comité directeur	5 minutes
Diskussionsvoten	3 Minuten
Intervention au cours des discussions	3 minutes

3. Wortbegehren / Intervention

Delegierte, die das Wort wünschen, melden dies schriftlich mit dem beim Podium aufliegenden Formular «Wortbegehren» und übergeben dieses vollständig ausgefüllt dem Präsidium, bevor die Sitzungsleitung die RednerInnenliste geschlossen hat.

Les délégué-e-s qui désirent prendre la parole s'annoncent par écrit par le biais du formulaire «Intervention» disponible au podium. Ils le transmettent dûment rempli à la présidence avant que la présidence de séance ne close la liste des orateurs.

4. Anträge / Propositions

Anträge müssen gemäss Statuten (Art. 7.3 b) 3 Wochen vor dem Parteitag beim Parteisekretariat eingereicht werden.

Les propositions doivent être transmises au secrétariat du parti au plus tard trois semaines avant le congrès.

5. Wahlen und Abstimmungen / Élections et votations

Wahlen und Abstimmungen finden nach Statuten (Artikel 9) statt. Bei mehreren Kandidierenden für das gleiche Amt erfolgt die Wahl schriftlich und geheim, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Mitglied aus dem Plenum beantragt. Die Abstimmungen finden in der Regel offen statt. Sie werden schriftlich und geheim durchgeführt, wenn dies die Geschäftsleitung oder ein Drittel der Stimmenden verlangt.

Les élections et votations sont effectuées conformément aux statuts (article 9). Quand plusieurs candidat-e-s briguent la même fonction, l'élection a lieu à bulletin secret si le comité directeur ou un membre du plenum en fait la demande. Les votations se font généralement à main levée, mais le scrutin a lieu à bulletin secret si le comité directeur ou un tiers des délégués le demande.

5. Resolutionen / Résolutions

Resolutionen müssen spätestens am Mittag zwei Tage vor dem Parteitag auf dem Parteisekretariat eingereicht werden. Resolutionen zu Ereignissen der letzten zwei Tage vor dem Parteitag sind eine Stunde vor Parteitagbeginn einem/einer der gewählten ParteisekretärInnen zu übergeben.

Les résolutions doivent être transmises au secrétariat du parti au plus tard à 12h00 deux jours avant le congrès. Les résolutions portant sur des événements ayant lieu les deux jours avant le congrès sont à transmettre à un(e) secrétaire du parti une heure avant le début du congrès.

GESCHÄFTE DES PARTEITAGES

Traktandum 5: Initiativprojekt für eine Elternzeit im Kanton Bern

Antrag der GL der SP Kanton Bern an den Parteitag vom 04.12.2019

Die SP Kanton Bern soll eine Initiative für eine Elternzeit im Kanton Bern lancieren. Unter Elternzeit wird eine bezahlte Auszeit vom Erwerbsleben mit Jobgarantie verstanden. Die Eidgenössische Kommission für Familienfragen empfiehlt für die Schweiz zusätzlich zu den heute bereits bestehenden 14 Wochen der Mutterschaftsversicherung 24 Wochen bezahlte Elternzeit. So haben Mütter und Väter die Möglichkeit, mehr Zeit mit ihrem Kind zu verbringen und die Betreuungs- und Hausarbeit gleichberechtigt zu teilen. Väter könnten von Anfang an eine aktive Rolle im Leben der Kinder übernehmen, und Mütter können Familie und Beruf besser vereinbaren.

Heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt des ersten Kindes stark. Sie übernehmen den Löwinnenanteil an unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit. Dafür bezahlen sie mit Lohneinbussen, Einbussen bei den Sozialversicherungen und tieferen Renten. Eine Elternzeit von 38 Wochen führt gemäss Erfahrungen aus anderen Ländern zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und Eltern insgesamt, und wirkt so dem drohenden Fachkräftemangel entgegen. Sie trägt zu einer höheren Arbeitsproduktivität bei und die Ausgaben der öffentlichen Hand werden bereits bei einer geringen Erhöhung der Erwerbstätigkeit der Mütter dank höheren Steuererträgen kompensieren.

Die SP kämpft für eine moderne Familienpolitik im Kanton Bern. Sie hat deswegen im Grossen Rat bereits eine Motion für eine Elternzeit eingereicht, die von den Bürgerlichen abgelehnt wurde. Um sich positiv zu entwickeln, muss der Kanton Bern aber eine moderne Familienpolitik betreiben. Das hat positive Auswirkungen auf die Familien, die Gleichstellung und die Volkswirtschaft. Daher soll der Kanton Bern zusammen mit anderen progressiven Kantonen vorangehen und eine Elternzeit einführen. Das erhöht auch den Druck für eine nationale Lösung.

Antrag der GL an den Parteitag

Die Parteileitung erhält den Auftrag, zuhanden des Parteitags einen entsprechenden Initiativtext zu erarbeiten, der sich an das Modell der Elternzeit der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen anlehnt.

Traktandum 6: Parolen für die Abstimmungen vom 09.02.2020

Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg

Die bernische Gemeinde Clavaleyres möchte mit der Gemeinde Murten fusionieren. Da Murten zum Kanton Freiburg gehört, muss Clavaleyres in den Kanton Freiburg wechseln. Beide Gemeinden sind mit der Fusion einverstanden. Im Frühling 2019 haben die Kantone Bern und Freiburg ein Gebietsänderungskonkordat unterzeichnet. Das Konkordat bildet die Grundlage für den Zusammenschluss von Clavaleyres mit Murten. Es beschränkt sich auf grundsätzliche Regelungen namentlich in den Bereichen Territorium, Bevölkerung, Recht und Finanzen. Im Juni 2019 hat der Grosse Rat des Kantons Bern dem Konkordat mit 133 Ja zu 5 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Auch der Freiburger Grosse Rat stimmte dem Konkordat zu. Nun muss in beiden Kantonen auch noch das Stimmvolk entscheiden.

Empfehlung GL: Ja

Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen

Die Schweiz und damit auch der Kanton Bern sind aufgrund des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten verpflichtet, Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende zu erstellen. Aufgrund der fehlenden politischen Akzeptanz, aber auch aus finanziellen Gründen, scheiterten neue Halteplätze für Fahrende in der Vergangenheit oft frühzeitig. So wurde etwa der Transitplatz in der Gemeinde Meinisberg 2016 vom Grossen Rat verworfen. Nun hat der Regierungsrat einen neuen Anlauf unternommen und beantragt einen Kredit von CHF 3.3 Mio. Franken für einen Transitplatz in Wileroltigen. Das Areal ist im Besitz des Bundes und würde an den Kanton Bern im Baurecht abgegeben. Es liegt an der Autobahn A1 in der Nähe der Raststätte Wileroltigen. Der Grosse Rat hat dem Kredit im März 2019 mit 113 Ja zu 32 Nein bei 4 Enthaltung zugestimmt. Gegen diesen Beschluss hat die Junge SVP das Referendum ergriffen.

Empfehlung GL: Ja

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Trotz reger Bautätigkeit herrscht in der Schweiz an vielen Ort Wohnungsnot. Die Mietpreise schiessen in den Städten und Agglomerationen ungebremst in die Höhe. Viele Menschen finden keine zahlbare Wohnung mehr. Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will dem Gegensteuer geben. Sie verpflichtet Bund und Kantone den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern und so den knappen Wohnraum der Spekulation und dem Renditedruck zu entziehen. Der Mieterinnen- und Mieterverband hat seine Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» mit 106'000 gültigen Unterschriften am 18. Oktober 2016 eingereicht. Die Initiative wird von der SP Schweiz und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund mitgetragen. Bundesrat sowie National- und Ständerat lehnen die Vorlage ab.

Empfehlung GL: Ja

Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm

Das Strafgesetz und das Militärstrafgesetz sollen mit einer Erweiterung der Antirassismus-Strafnorm ergänzt werden. Neu werden auch homophobe Äusserungen und Handlungen gesetzlich verboten. Wer heute zu Hass oder Hetze gegen schwule, lesbische, bi, trans oder inter Menschen als gesamte Gruppe aufruft, kann nicht belangt werden. Mit der Erweiterung würde sich dies ändern: Der Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung würde unter Strafe gestellt. Bundesrat sowie National- und Ständerat unterstützen die Vorlage. Die EDU und die Junge SVP haben dagegen das Referendum ergriffen.

Empfehlung GL: Ja